



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung
Frau Giorgina Kazungu-Haß, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/763
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

5. Nov. 2021

Mein Aktenzeichen
PuK

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Ralf Gutmann
ralf.gutmann@bm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 164028
06131 16174028

4. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

hier: TOP 13: Demokratiebildung an berufsbildenden Schulen in RLP

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, *liebe Giorgina,*

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober über-
sende ich Ihnen anbei meinen Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Bettina Brück

Rede von Staatssekretärin Bettina Brück
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

Vorlage 18/569; Antrag der Fraktion der FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT
Demokratiebildung an berufsbildenden Schulen in RLP

Es gilt das gesprochene Wort

Mit ihrer unmittelbaren Nähe zur Arbeits- und Lebenswelt sind die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen – sowohl die dualen als auch die vollzeitschulischen – prädestiniert, eine bedeutende Rolle in der Demokratie- und Europabildung einzunehmen. Die berufsbildenden Schulen befähigen Jugendliche und junge Erwachsenen zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf sowie zur nachhaltigen Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft in sozialer, ökonomischer, ökologischer und individueller Verantwortung.

Die 110.000 Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen spiegeln die Heterogenität einer zunehmend globalisierten Welt wider.

Der Lernort berufsbildende Schule bietet die Chance, durch ein friedliches, respektvolles Miteinander demokratische und europäische Werte in der Schule zu erleben und zu leben.

Die Vermittlung einer demokratischen Haltung in einer Atmosphäre der aktiven Gestaltung und Beteiligung, die bewusste Ablehnung jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt, die Toleranz und um die Diskussionskultur und das Erzielen von Kompromissen stehen dabei im Vordergrund.

Diese Aufgabe wird nicht durch ein einzelnes Fach bewältigt, vielmehr ist es eine Querschnittsaufgabe aller Fächer und eine Entwicklungsaufgabe für die ganze Schule.

Berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz engagieren sich bereits seit vielen Jahren in der Demokratie- und Europabildung, wie beispielsweise im Rahmen von Europa-Schulen, „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder sind Preisträger bei bundesweiten Demokratiewettbewerben.

Auf der Basis der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz vom 15. Oktober 2020 „Berufliche Bildung als Chance für Europa“ möchten wir die Schulen in ihrem Engagement unterstützen, vielfältige Erfahrungen zu bündeln und sie ermuntern, neue

Wege zu beschreiten. Dazu haben wir unsere berufsbildenden Schulen eingeladen, gemeinsam ein Konzept für Demokratiebildung an BBS zu entwickeln und erproben.

Folgende sieben berufsbildende Schulen (BBS) wurden als Pilotschulen ausgewählt:

- BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler
- BBS Alice-Salomon-Schule, Linz
- BBS David-Roentgen-Schule, Neuwied
- BBS Gestaltung und Technik, Trier
- BBS Bingen
- BBS Kaiserslautern Technik I
- BBS Zweibrücken

Das Konzept des Pilotprojekts ruht auf den drei Säulen, die Ministerin Dr. Hubig in ihrer Regierungserklärung von 2019 bereits angesprochen hat:

1. Erinnerungskultur und das historisch-kritische Bewusstsein für unsere Geschichte
2. das Lernen und Leben von Demokratie in unserer Gegenwart
3. unser europäisches Miteinander.

Das Konzept soll fächerübergreifende Unterrichtsideen, klassen- und bildungsgangübergreifende Projekte (z.B. Zeitzeugengespräche), außerunterrichtlichen Aktivitäten (z.B. Fahrten zu Gedenkstätten, EU-Parlament, Bundestag, Landtag), Schulpartnerschaften (z.B. durch Nutzung von eTwinning) bis hin zu schulübergreifenden Demokratieprojekten (z.B. Stolpersteine, Demokratietag RLP, Respekt-Coaches, Juniorwahl) und Weiterentwicklung innerschulischer demokratischer Strukturen (z.B. Klasserrat) einbeziehen.

Die Pilotschulen haben die Chance, sich zu vernetzen, voneinander zu lernen und Entwicklung zu gestalten. Dazu finden regelmäßige analoge und digitale Treffen statt, die durch das Pädagogische Landesinstitut koordiniert werden. Die Schulen haben die Möglichkeit, an bundesweiten Netzwerk- und Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. (z.B. Weiterbildung ClearTeaching – Umgang mit neosalafistischen und rechtsextremen Haltungen im schulischen Kontext).

Am Pädagogischen Landesinstitut wurde eine Projektleitung installiert, die für die Koordination von Netzwerktreffen und Fortbildungen sowie für den Aufbau der digitalen Plattform zuständig ist und die Schulen bei Fragen zum Thema berät.

Das Land übernimmt hierbei die Reisekosten zu bundesweiten Veranstaltungen sowie die Sachkosten für die Kooperation mit externen Partnern und stellt Anrechnungstunden zur Verfügung.

Im Verlauf des Projektes soll u.a. eine Handreichung entstehen, die schulübergreifende, unterrichtliche und außerunterrichtliche Aspekte mit Empfehlungscharakter beinhaltet und die alle berufsbildenden Schulen bei ihrer Entwicklung in Bezug auf die Demokratiebildung unterstützt. Diese werden sukzessive auf dem Schulcampus veröffentlicht und stehen damit auch allen nicht am Pilotprojekt beteiligten Schulen zur Verfügung.

Einzelne Fortbildungen stehen auch den nicht teilnehmenden berufsbildenden Schulen offen.

Das Projekt läuft bis zum 31. Juli 2024. Die digitale Plattform wird auch nach Abschluss des Projektes weiter gepflegt und erweitert. Die Fortbildungen werden regelmäßig angeboten und eine feste Ansprechperson am Pädagogischen Landesinstitut wird zur Verfügung stehen. Nach Ende des Projektes werden alle berufsbildenden Schulen aufgefordert, ein schuleigenes Konzept für Demokratiebildung zu entwickeln. Denn Demokratiebildung ist ein fortwährender und sich entwickelnder Prozess, dem sich unsere Gesellschaft – und auch die berufsbildenden Schulen – zu stellen hat.

Ziel ist, dass alle unsere berufsbildenden Schulen Demokratiebildung zu ihrem Schwerpunkt machen, wir brauchen mündige, selbstbewusste und demokratische junge Erwachsene in unserer Gesellschaft.